

Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 21 / Folge 29

2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 18. Juli 1970

3 J 5524 C

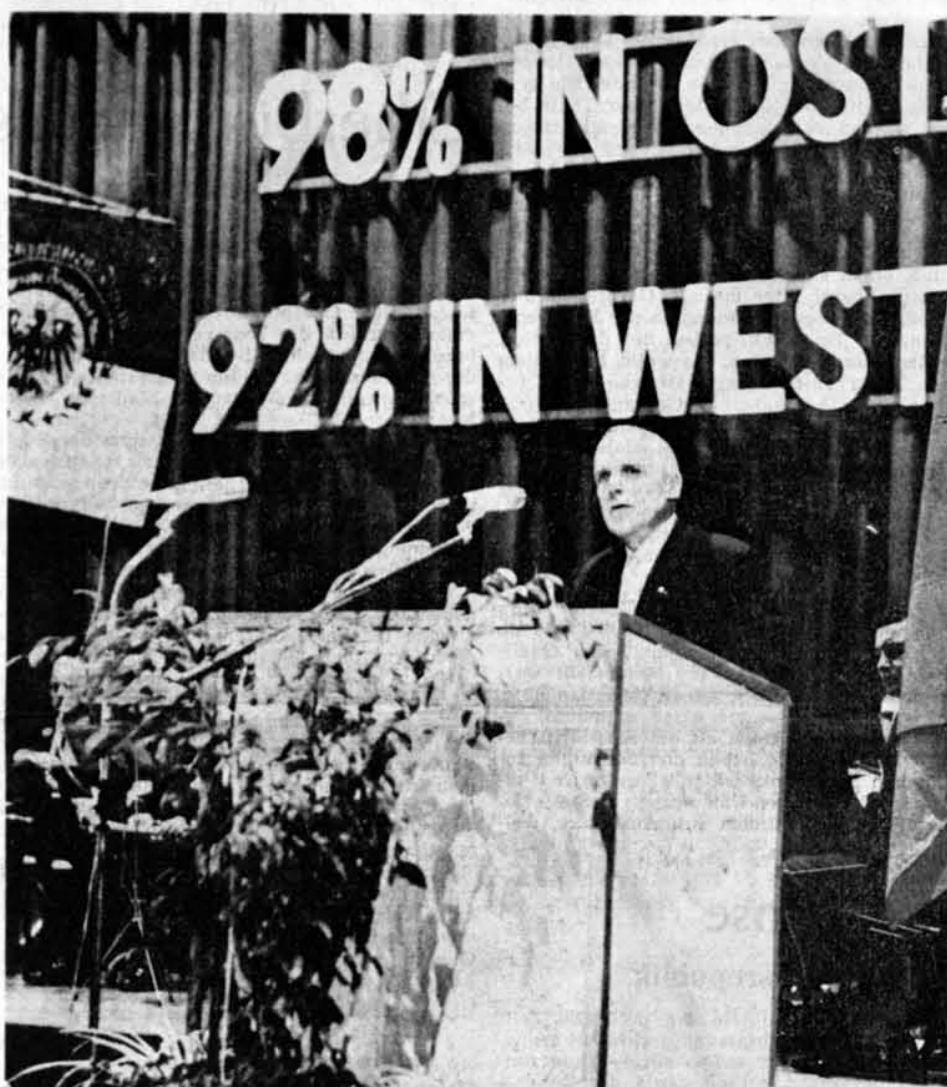
Was wird aus unserem Königsberg?

Freiherr von Braun: Außenpolitischer Resignation mit allen demokratischen Mitteln widerstehen

„Wenn, wie es in dem vielberufenen Bahr-Papier heißt, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden, so geht uns Ostpreußen das unmittelbar an. Wir fragen, was denn aus unserem Königsberg und dem nördlichen Ostpreußen wurde? Das Postulat, nur die eigenen Rechte zu wahren, scheint nun auf den Kopf gestellt, und zur Territorialforderung wird, wenn wir noch von Königsberg, Pillau oder Memel sprechen.“ Das erklärte unter stürmischem Beifall der amtierende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Joachim Freiherr von Braun, vor mehr als 3000 Ost- und Westpreußen in der Gedenkstunde zum 50. Jahrestag der Volksabstimmung in der Ruhlandhalle zu Bochum.

Einer solchen Vorstellung vermögen die Landsmannschaften nicht zu folgen, sagte Freiherr von Braun, der immer wieder von Beifall und von empörten Zwischenrufen gegen die Ostpolitik der Bundesregierung unterbrochen wurde. Sie hielten auch weiterhin das Wort des Westpreußen Dr. Kurt Schumacher für verbindlich, daß die Sozialdemokraten zur Oder-Neiße-Linie nein gesagt und damit das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker bejaht hätten. Wenn das Moskauer Papier die Verpflichtung plane, die territoriale Integrität aller europäischen Staaten in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten, so greife das über Deutschland hinaus.

Durch den Abstimmungssieg von 1920 seien Ost- und Westpreußen vor allen anderen berufen, ihre warnende Stimme zu erheben, sagte Freiherr von Braun weiter. Die Preußen würden daher außenpolitischer Resignation mit allen demokratischen Mitteln widerstehen. Das müsse ihnen jede Regierung danken, die den rechtmäßigen Interessen des Landes dienen wolle. (Siehe auch Seiten 3 und 8.)



Freiherr von Braun: „Kein Rückzug aus der Politik!“

Foto Müller

Die Zweifel unserer Freunde ...

H. W. — Wer sich nur aus gewissen bundesdeutschen Zeitungen informiert, kann den Eindruck gewinnen, als habe die Ostpolitik der derzeitigen Bundesregierung die volle Zustimmung unserer Verbündeten und den Segen der neutralen Welt. Wir sollten zunächst eine Politik treiben, die uns Deutschen dient; allerdings sollte diese Politik auch in eine europäische Konzeption eingebettet sein.

Bei Lichte besehen nämlich sind die goldenen Worte, die Frankreichs Staatspräsident Pompidou für die Ostpolitik Brandts gefunden hat, auch keine Überbrückung der Gegensätze, die zwischen den Auffassungen in Bonn und Paris bestehen. Denn während die Franzosen energisch an einem Europa der „Sechs“, an seiner Stärkung und Festigung, arbeiten, blickt man in Bonn auf eine nebulöse Erweiterung im Hinblick auf eine „gesamteuropäische Friedensordnung“ — der man — vielleicht mit einem Blick auf den Einschluß der Sowjetunion — den Vorrang gibt. Auch bemüht sich Frankreich um eine stärkere Zusammenarbeit Westeuropas auf dem Gebiete der Verteidigung. Paris ist folglich nicht bereit, sich der nuklearen Kontrolle der Wiener Atombehörde — an der die Sowjetunion beteiligt ist — zu unterwerfen. Wenn man das alles berücksichtigt, wird man folgern dürfen: selbst wenn Pompidou die Bonner Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa begrüßt, bedeutet das noch nicht, daß sich Frankreichs Staatsoberhaupt auch mit dem Ergebnis solidarisch erklärt, das uns heute als „Bahr-Papier“ bekannt ist. So dürfte auch Pompidou bei seinem Bonner Besuch dem bundesdeutschen Regierungschef die Vorrangigkeit der Wahrung der Rechte in Berlin vorgestellt und empfohlen haben, den Vertrag mit Moskau erst abzuschließen, wenn die Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin zu einem zufriedenstellenden Ergebnis geführt haben. Dabei soll Staatspräsident Pompidou in Bonn das Wort seines Amtsvorgängers de Gaulle zitiert haben, wonach die Wiedervereinigung Deutschlands das natürliche Ziel sei, das jede deutsche Politik anstreben müsse.

Aber keineswegs nur in Frankreich bestehen Bedenken; Zweifel weit größerer Art sind, wenn man Politikern und Journalisten folgt, die in jüngster Zeit in Washington waren, in den USA angekommen. In Washington ist man über das ostpolitische Vorgehen Bonns schockiert und es zeichnet sich ein Stimmungsumschwung maßgeblicher politischer Kreise der USA gegenüber Bonn ab. Es wäre Aufgabe der deutschen Botschaft in den USA, der diese Erscheinungen nicht unbekannt geblieben sein können, der Bonner Zentrale hierüber schonungslos und ungeschminkt zu berichten.

Die ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung, die in den letzten Tagen durch die Diskussionen über die Konjunkturdämpfung überdeckt wurden, beschäftigen auch weiterhin die ausländischen Beobachter und selbst in Wien ist man hinsichtlich der deutschen Chancen mehr als skeptisch. In politischen Kreisen der österreichischen Hauptstadt vertritt man die Meinung, daß Bonn die Karten zu schnell aufgedeckt hat und daß in diesem Falle nur die deutsche Seite der gebende Teil sein würde.

Typisch aber für die Auffassung, die bei den Briten vorhanden ist, scheint uns ein Zitat aus der englischen Zeitschrift „Weekly Review“, in der es heißt: „Der Durchschnittsleser müßte nun davon überzeugt sein, daß alles, was Brandt auf außenpolitischem Gebiet tut, den vollen Segen der westlichen Alliierten hat. Die Tatsachen geben jedoch ein beunruhigendes Bild... Moskaus Ziel ist die Neutralisierung Westdeutschlands... Ein neutrales Deutschland ist seit langem das Ziel der westdeutschen Sozialisten gewesen. Ein neutrales Deutschland würde natürlich zu einer vollständigen Auflösung der NATO führen... Moskau will ein Deutschland, das von der NATO getrennt ist und in bezug auf seine Neutralität völlig von der Gnade und der Gunst der Sowjetunion abhängig ist...“

Walter Scheels Weg in die Sackgasse

Der Außenminister wird Bahrs Suppe auslöffeln müssen — Verhandlungen noch möglich?

Voraussichtlich im August wird Scheel die von Staatssekretär Bahr geführten Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag in Moskau fortführen und im weiteren Verlauf zum Abschluß bringen. Vorausgesetzt, daß sich der Kreml überhaupt auf weitere materielle Verhandlungen einläßt und nicht schlechtweg, wie nüchtern, aber gut informierte Bonner Beobachter meinen, nur die Unterzeichnung des Bahr-Papiers fordert. Der Außenminister wird zwar im Sinne der Erwartungen der Führungskräfte seiner Partei und der scharfen Kritik der Opposition einiges tun, um in Moskau über die „Errungenschaften“ von Bahr hinaus etwas herauszuholen, sollte das aber nicht gelingen, so würde er entweder Seite an Seite mit dem Bundeskanzler die Hände in Unschuld waschen und unterschreiben oder aber er müßte „njet“ sagen, was auf einen Bruch der Koalition hinauslaufen würde.

Brandt wie Scheel haben denn auch nach umständlichen Beratungen im Kabinett vor der Presse festgestellt, daß die Bahr-Papiere nicht nur die Basis auch für die weiteren Verhandlungen darstellen, sondern, daß sie sogar, so der Bundeskanzler, eine „vernünftige Grundlage“ für endgültige Abmachungen seien. Diese Feststellung deckt sich mit der offiziellen, über das Regierungsblatt „Iswestija“ in Richtung Bonn signalisierten Erklärung, daß man sich in den Vorverhandlungen im

wesentlichen einig geworden sei und daß es praktisch nichts Entscheidendes mehr zu verhandeln gebe. Allenfalls stehen nach Ansicht gut informierter Bonner Kreise noch Fragen der Stilisierung der brieflich anzumeldenden einseitigen deutschen Vorbehalte hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes und der Rechte der Bündnis-mächte aus dem Deutschlandvertrag auf dem Programm. Die Sowjets würden sich jedoch, abgesehen von dem fragwürdigen Rechtswert eines einseitigen Vorbehaltes vom Kern des in den Bahr-Papieren fixierten Vertragskonzeptes, der Festschreibung des Status quo, nicht ein Jota abhandeln lassen.

Darüber dürfte man sich vor allem auch in der Umgebung des Bundeskanzlers im klaren sein, denn hier weiß man sehr genau, daß es der Kanzler war und nicht der Außenminister, der seinen Vertrauensmann Bahr nach Moskau entsandte, beim Kreml als solchen avisiert, und kraft seines Amtes mit den Richtlinien für die Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister ausgestattet und daß er auch den Ablauf der vierzehn Gespräche in allen Phasen kontrolliert und attestiert hat.

In den deutsch-polnischen Verhandlungen wurde zwar prozedural anders verfahren. Zwar hat sich auch hier der Kanzler mit einem Brief an Gomulka direkt eingeschaltet, aber der Außenminister konnte doch die

Kontrolle über die Verhandlungen seines Staatssekretärs, Duckwitz, unmittelbar ausüben. Es bedurfte allerdings nicht erst der Veröffentlichung der Bahr-Papiere, damit klargestellt wurde, daß die Ostverhandlungen im Sinne des im Kreml ausgearbeiteten Konzeptes „ein einheitliches Ganzes“ bilden.

Was jedoch die Verhandlungen mit Warschau von denen mit Moskau wesentlich unterscheidet ist die Tatsache, daß hier hinsichtlich einer Option auf eine gesamtdeutsche Wiedervereinigung, etwa unter dem Titel der Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Deutschen, also auch für den ostdeutschen Teil unseres Volkes, nicht einmal die Rede ist, geschweige denn, daß es zum Bestandteil des Vertrages gemacht würde.

Auch von der Sicherung der Menschenrechte des noch in den deutschen Ostgebieten verbliebenen Volksteils ist unseren Informationen zufolge bei den laufenden Verhandlungen mit Warschau nicht mehr die Rede. Es geht hier nur noch um eine Nebenabrede über Erleichterungen für die Familienzusammenführung. Diese Frage spielt auch bei den Konsularverhandlungen und den Grenzvertragsverhandlungen am 21. Juli eine Rolle. Auch hier sollen offenbar vollendete Tatsachen geschaffen werden, die dann vergeblich zur Debatte gestellt werden. C. J. N.